

Fragen

für die Fragestunde der 18. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Januar 2010

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	88, 89	Hönlinger, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79
Arndt-Brauer, Ingrid (SPD)	12, 13	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 25	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	17, 76
Becker, Dirk (SPD)	46, 47	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	74
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	8	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69, 70
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	3, 4	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	84
Brase, Willi (SPD)	56, 57	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	7	Körper, Fritz Rudolf (SPD)	16
Burchardt, Ulla (SPD)	64, 65	Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	66, 67
Burkert, Martin (SPD)	37, 38	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Dağdelen, Serim (DIE LINKE.)	19, 75	Kumpf, Ute (SPD)	21, 22
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 85	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	77, 87
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49	Malczak, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 68
Gerdes, Michael (SPD)	54, 55	Menzner, Dorothee (DIE LINKE.)	42, 43
Gleicke, Iris (SPD)	82, 83	Paula, Heinz (SPD)	35, 36
Groß, Michael (SPD)	39	Pronold, Florian (SPD)	32, 33
Hartmann, Michael (Wackernheim) (SPD) ..	80, 81	Röspel, René (SPD)	52, 53
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	58, 59
Höger, Inge (DIE LINKE.)	18, 73	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	86
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	60, 61

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71, 72	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	62, 63	Stüber, Sabine (DIE LINKE.)	40, 41
Schwartz, Stefan (SPD)	23, 24	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	26, 27
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	5, 6	Ziegler, Dagmar (SPD)	10, 11

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	19
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	23

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

1. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann wird die Bundesregierung die Anpassungsformel des Bundesanteils für die Unterkunftskosten für ALG-II-Beziehende entsprechend der Forderung der Bundesländer an der Entwicklung der tatsächlichen Unterkunftskosten ausrichten?

2. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Art von Länderöffnungsklauseln plant die Bundesregierung bei den Kosten für Unterkunft für ALG-II-Beziehende umzusetzen?

3. Abgeordneter
**Matthias W.
Birkwald**
(DIE LINKE.) Wie erklärt sich die Bundesregierung die vom Umfrageinstitut forsa im Auftrag eines Finanzdienstleisters (Pressemitteilung Union Investment vom 7. Januar 2010) konstatierte Diskrepanz bei jungen Leuten (Altersgruppe 20 bis 29 Jahre), einerseits überdurchschnittlich häufig die Notwendigkeit zu sehen, sich mit dem Thema der privaten Vorsorge zu beschäftigen, andererseits sich aber unterdurchschnittlich häufig tatsächlich intensiv mit diesem Thema zu befassen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesen Umfrageergebnissen?

4. Abgeordneter
**Matthias W.
Birkwald**
(DIE LINKE.) Welche Effekte hätte die von den Autoren der DIW-Studie „Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit“ (DIW Wochenbericht 3/2010) angeregte Einbeziehung der Beamten in den Adressatenkreis der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) auf die Einnahmen- und Ausgabenseite der GRV, und welche zusätzlichen Effekte hätte die Einbeziehung der Selbständigen in den Adressatenkreis der GRV auf die Einnahmen- und Ausgabenseite der GRV?

5. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.) Inwiefern sind Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Eingliederungshilfe nach geltendem Recht gegenüber Empfängerinnen und Empfängern anderer Sozialhilfeleistungen begünstigt (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 75 der Abgeordneten Silvia Schmidt (Eisleben) vom 22. Dezember 2009 auf Bundestagsdrucksache 17/382)?

6. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
Teilt die Bundesregierung, vor dem Hintergrund, dass sie derzeit einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention entwickelt, die Auffassung des Kultusministers Baden-Württembergs Helmut Rau (CDU), wonach in Baden-Württemberg ein inklusives Schulsystem bereits realisiert ist, obwohl 71 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung in Sonderschulen unterrichtet werden (vgl. Interview in der taz, 30. Dezember 2009, S. 11)?
7. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
Warum ist das Repetitive Strain Injury Syndrom (RSI) in Deutschland nicht als Berufskrankheit anerkannt, und gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, das RSI in die Liste der anerkannten Berufskrankheiten aufzunehmen?
8. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
Wie beurteilt die Bundesregierung bei der Entfristung und Dekontingentierung der nach den §§ 6a und 6b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch eingerichteten Optionskommunen einen möglichen Konflikt mit dem Aufgabenübertragungsverbot nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 7 des Grundgesetzes, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den dazu unterschiedlichen Aussagen entsprechender Gutachter bzw. der bisherigen Rechtsprechung, u. a. des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 2007, auch im Hinblick auf die mit der Aufgabenübertragung im Zusammenhang stehenden Sonderbedarfszuweisungen?
9. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie müssen das deutsche Arbeitsrecht und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 19. Januar 2010 (C-555/07), in dem der EuGH einen Teil des deutschen Arbeitsrechts als diskriminierend bewertet und deutsche Gerichte anweist, die Regelung des § 622 Absatz 2 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht weiter anzuwenden, und aufgrund der Mahnungen der Europäischen Kommission zu konkreten Maßnahmen im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland nach Ansicht der Bundesregierung geändert werden, und zu welchen neuen Erkenntnissen und Sachständen ist die Bundesregierung bezüglich der in der Kleinen Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/377) angesprochenen Sachverhalte inzwischen gekommen?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 25.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

10. Abgeordnete
**Dagmar
Ziegler**
(SPD) Wann wird die Bundesregierung darüber entscheiden, wo in Neuruppin der neue Standort der Außenstelle des Bundesinstituts für Risikobewertung errichtet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

11. Abgeordnete
**Dagmar
Ziegler**
(SPD) Wann schließt die Bundesregierung die Prüfung zur weiteren Verwendung des Truppenübungsplatzes Wittstock (Kyritz-Ruppiner Heide) ab?
12. Abgeordnete
**Ingrid
Arndt-Brauer**
(SPD) Warum wurde im Rahmen der Optimierung der Depotlandschaft der Bundeswehr das Optimierte Eigenmodell (OEM) noch nicht in allen sechs Distributionscentern (Depots) eingenommen?
13. Abgeordnete
**Ingrid
Arndt-Brauer**
(SPD) Wie wird der vom Logistikregiment 17 mit seinen drei unterstellten Distributionscentern erarbeitete Einsparvorschlag – Kostenreduzierung um ca. 2,5 Mio. Euro jährlich in drei (Ochtrup, Müritz und Wilhelmshaven) von sechs Distributionscentern der Bundeswehr –, der seit dem 9. September 2009 beim Streitkräfteunterstützungskommando (SKUKdo) liegt, im Vergleich zum Angebot der denkbaren Kooperationspartner bewertet?
14. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie oft waren Soldaten der Bundeswehr im Jahr 2009 in Afghanistan an kinetischen oder anderen Operationen in irgendeiner Form beteiligt, bei denen Menschen – Taliban, andere Aufständische oder Zivilpersonen – durch Bomben oder Raketen von US-Flugzeugen oder Drohnen vernichtet werden sollten oder vernichtet wurden, etwa indem sie die US-Luftschläge angefordert, freigegeben, geleitet oder angewiesen haben, und wie oft waren die Soldaten der Bundeswehr, die in der Nacht vom 3. zum 4. September 2009 mit dem Einsatz von US-Flugzeugen gegen entwendete Tanklastkraftwagen befasst waren, vorher schon einmal an Einsätzen und Operationen in Afghanistan beteiligt, bei denen

Menschen durch Raketen oder Bomben vernichtet werden sollten oder vernichtet wurden, die von US-Flugzeugen oder Drohnen abgefeuert wurden?

15. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welcher Weise war der neue Generalinspekteur der Bundeswehr, General Volker Wierer, in seiner vorherigen Funktion als Chef des ISAF-Stabes im ISAF-Hauptquartier in Kabul an der Sachverhaltsfeststellung sowie Bewertung der Bombardierung einer Menschenmenge in Kundus/Afghanistan am 4. September 2009 beteiligt, so wie dies etwa Ausdruck fand in den kritischen Äußerungen seines damaligen Vorgesetzten Stanley McChrystal oder dem erstellten ISAF-Untersuchungsbericht, und wann teilte General Volker Wierer möglicherweise seine diesbezüglichen Feststellungen und Wertungen erstmals Vertretern der Bundesregierung mit?
16. Abgeordneter
Fritz Rudolf Körper
(SPD)

Trifft die Meldung der „Süddeutsche Zeitung“ zu, dass der Bundesminister der Verteidigung Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg bereits vor seiner Pressekonferenz am 6. November 2009 die Analyse des Einsatzführungsstabes zum geheimen Untersuchungsbericht der NATO zu den Luftschlägen in Kundus vorlag, und wenn nein, wann wurde dem Bundesminister der Verteidigung dieses Analysepapier des Einsatzführungsstabes vorgelegt?
17. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Warum ist die Bundesregierung der Auffassung, dass für die von der Bundeskanzlerin zugesicherte „lückenlose Aufklärung“ des tragischen Luftangriffs zur Vernichtung sogenannter Aufständischer in der Nacht vom 3. zum 4. September 2009 in Kundus weitere Ermittlungen durch das Kommando Führung Operationen von Spezialkräften notwendig sind, und wenn nein, warum nicht?
18. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Warum druckt das Bundessprachenamt, das zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung gehört, den 61-seitigen „Persisch-Sprachführer für die Bundeswehr“ (Nachdruck: Mai 2008), dessen Vokabular sich insbesondere auf den Iran bezieht und militärische Befehle beinhaltet?

19. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung verhindern, dass mit dem neuen Beschluss des Rates zur Änderung des Mandats der Atalanta-Mission vom 8. Dezember 2009 (Beschluss 2009/907/GASP des Rates), der explizit die Verbindung und Zusammenarbeit mit der im Rahmen der Operation „Dauerhafte Freiheit“ agierenden Seestreitkraft Combined Task Force 150 vorsieht, über die Zusammenarbeit auch etwa Aufklärungsdaten an die USA und deren Verbündete, einschließlich der jemenitischen Streitkräfte, weitergegeben werden, die im Jemen mehrfach und in Zukunft absehbar verstärkt gezielte Tötungen durch bemannte und unbemannte Luftangriffe vornehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

20. Abgeordnete
**Katja
Dörner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die rechtlichen Möglichkeiten eines Betreuungsgeldmodells ein, das zwischen Eltern differenziert, die ALG II beziehen und für diese die Auszahlung in Form eines Gutscheins vorsieht und jenen Eltern, die kein ALG II bekommen und für diese eine Barauszahlung des Betreuungsgeldes vorsieht?
21. Abgeordnete
**Ute
Kumpf**
(SPD)
- Warum macht die Bundesregierung die Daten und Ergebnisse des Freiwilligensurveys 2009, die in einer Pressekonferenz der ehemaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Ursula von der Leyen bereits Anfang Dezember 2009 hätten vorgestellt werden sollen, der Öffentlichkeit nicht zugänglich, und bis wann plant das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Daten vorzustellen?
22. Abgeordnete
**Ute
Kumpf**
(SPD)
- Warum wurde der Forschungsbeirat des Freiwilligensurveys, der die Entwicklung des Freiwilligensurveys seit 1999 durch seine Arbeit erfolgreich begleitet hat, vom zuständigen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelöst, und mit welcher Zusammensetzung wird ein neuer Fachbeirat für den Freiwilligensurvey berufen?

23. Abgeordneter
**Stefan
Schwartz**
(SPD) In welcher Höhe und mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, die politische Jugendbildung in dieser Legislaturperiode zu fördern?
24. Abgeordneter
**Stefan
Schwartz**
(SPD) Welche vom Bund mitfinanzierten Projekte im Bereich der politischen Jugendbildung gibt es, und wie hoch ist der Etat des Bundes für die Förderung von Projekten der politischen Jugendbildung für und mit Jugendlichen für das Jahr 2010?
25. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche anderen Kriterien – angesichts der Tatsache, dass die bisherige Leiterin und die von der Bundesregierung bestimmte Nachfolgerin über keinerlei rechtliche und tatsächliche Erfahrungen im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit verfügen [Die neu ausgewählte – aber aufgrund des Beschlusses des OVG Berlin-Brandenburg nicht eingestellte – Leiterin hat keinerlei Erfahrungen: www.bmfsfj.de, www.broken-rainbow.de; die bisherige Leiterin, Martina Köppen, hatte diese bei ihrer Einstellung ebenfalls nicht und hat dies in einer Anhörung vor dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. Mai 2009 eingestanden [siehe Sitzungsprotokoll des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kurzprotokoll 88. Sitzung, Protokoll Nr. 16/88 S. 34 erster Absatz und folgende]; in einem Artikel des Wirtschaftsmagazins *brand eins* wird sie zitiert: „Mit dem deutschen Diskriminierungsgesetz hatte ich mich bis dahin gar nicht befasst“ – www.brandeins.de; Gleiches geht auch aus zahlreichen Presseberichten hervor: www.handelsblatt.com; www.fr-online.de; www.taz.de] – spielen bzw. spielten bei der Auswahl für die Besetzung der Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) eine Rolle, und warum hat die Bundesregierung die rechtlichen Mindestanforderungen des Arbeits- und Verwaltungsrechtes (OVG Berlin-Brandenburg am 15. Dezember 2009, Az. 6 S 47.09) bei der Bestellung von Christine Lüders zur neuen Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes übergangen, so dass die Stelle seit Oktober 2009 ohne Leitung ist?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 9.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

26. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Wann will das Bundesministerium für Gesundheit die Ankündigung des Bundesministers Dr. Philipp Rösler umsetzen, die Deckungslücke für Sozialhilfe-/ALG-II-Bezieher im Basistarif der privaten Kranken- und Pflegeversicherung zu schließen (vgl. z. B. Berliner Zeitung vom 20. Januar 2010, S. 5), und soll dies in Form eines eigenen Gesetzes geschehen?
27. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Beinhaltet diese Regelung nicht nur die angekündigte Heraufsetzung des durch die Sozialämter/ARGEn gezahlten Zuschusses für die private, sondern auch die Zahlungen für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, und wird diese Regelung für die betroffenen Hilfebedürftigen auch rückwirkend gelten?
28. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht das Bundesministerium für Gesundheit aus der von der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) in einem Schreiben vom Dezember 2009 an den Bundesminister geäußerten Sorge, dass die Verhandlungen zu der Vereinbarung gemäß § 118 Absatz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zu keiner Einigung führen und es deshalb zu einer erheblichen Einschränkung des Zugangs von Patienten zu psychiatrischen Institutsambulanzen kommt?
29. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was plant die Bundesregierung zu tun, damit die Befürchtung der GMK, es komme infolge der geplanten Neuregelung zu einer existentiellen Einschränkung der ambulanten Versorgung von schwer und mehrfach psychisch kranken Patienten, nicht Wirklichkeit wird und in der Folge zu einem Anstieg der stationären Aufnahmen führt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

30. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, den Verkehrszuwachs möglichst vollständig auf die Schiene zu bringen, wie das der Bundesminister Dr. Peter Ramsauer gegenüber der „Süddeutsche Zeitung“ in einem Interview angekündigt hat, und welche Bahnstrecken müssen hierfür erweitert bzw. neu gebaut werden?
31. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zusätzlichen Haushaltsmittel werden für den vom Bundesminister Dr. Peter Ramsauer angekündigten massiven Ausbau des deutschen Schienennetzes bereitgestellt, und wie passt diese Ankündigung des Ausbaus zu den Ausführungen im Koalitionsvertrag zur Verwendung der Lkw-Mauteinnahmen in einem Finanzierungskreislauf Straße?
32. Abgeordneter
Florian Pronold
(SPD)
- Ist zwischen dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, und dem Vorstandsvorsitzenden der DB AG, Dr. Rüdiger Grube, über eine neue Prioritätensetzung bei der Realisierung von Vorhaben des Bedarfsplans Schiene gesprochen worden, und wenn ja, welche Projekte wurden dabei benannt?
33. Abgeordneter
Florian Pronold
(SPD)
- Bis wann wird die Bundesregierung der Öffentlichkeit eine verlässliche Prioritätenliste für die Verwirklichung von Schienenprojekten präsentieren, und welche Maßnahmen bezüglich des Baus von international vereinbarten Schienenprojekten wird die Bundesregierung ergreifen, um die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik nicht zu beschädigen?
34. Abgeordnete
Agnes Malczak
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Medienberichten, laut denen der Ausbau der Südbahn Ulm–Friedrichshafen–Lindau mit Direktverbindung in die Schweiz auf einer Streichliste der Deutsche Bahn AG (DB AG) steht, und gilt die Zusage des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Kosten des Ausbaus zur Hälfte zu tragen, sodass die Südbahn bis 2015 elektrifiziert ist?

35. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die dringend notwendige Elektrifizierung der Strecke München–Lindau im Rahmen der Überarbeitung des Bedarfsplanes, die meines Wissens bis Mitte dieses Jahres abgeschlossen sein soll, gestrichen wird, und wenn ja, wird der Baubeginn dieser Strecke wie geplant in diesem Jahr stattfinden?
36. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Welche Bedingungen sind an die Finanzierungszusagen der Schweiz gebunden?
37. Abgeordneter
**Martin
Burkert**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass der dringend notwendige Ausbau der Bahnstrecke Nürnberg–Erfurt (VDE Nr. 8.1) sowie die Elektrifizierung der Strecke Nürnberg–Marktredwitz–Reichenbach/Grenze Deutschland/Tschechien (–Prag), im Rahmen der angekündigten Überarbeitung des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege, gestrichen oder Teile dieser Projekte gestrichen werden?
38. Abgeordneter
**Martin
Burkert**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung garantieren, dass nach der angekündigten Überarbeitung des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege der anvisierte Fertigstellungstermin für die ICE-Neu- bzw. -Ausbaustrecke Nürnberg–Erfurt (VDE Nr. 8.1) im Jahr 2017 eingehalten werden kann, bzw. wann ist nach derzeitigem Stand die endgültige Fertigstellung dieses Projekts vorgesehen?
39. Abgeordneter
**Michael
Groß**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung garantieren, dass der Rhein-Ruhr-Express auf keiner Streichliste der Deutschen Bahn AG und des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung steht und dass dieses Infrastrukturprojekt im bisher vorgesehenen Zeitrahmen geplant und gebaut wird, um insbesondere in der bevölkerungsreichsten Region der Bundesrepublik Deutschland für eine Entlastung im täglichen Pendlerverkehr zu sorgen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

40. Abgeordnete
**Sabine
Stüber**
(DIE LINKE.)
- Welche rechtlichen Grundlagen liegen den Direktzahlungen der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK) bzw. deren Nachfolgesellschaften an den Bund bzw. das Land Niedersachsen bzw. an niedersächsische Kommunen in Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb der Atomanlage in Gorleben zu Grunde?
41. Abgeordnete
**Sabine
Stüber**
(DIE LINKE.)
- Warum gab es nach Kenntnis der Bundesregierung keine Zweckbindung der Zahlung von Geldern vom Bund an das Land Niedersachsen aus den Direktzahlungen der DWK, sondern eine pauschale Auszahlung der Gelder?
42. Abgeordnete
**Dorothee
Menzner**
(DIE LINKE.)
- Welche Verträge bzw. Vereinbarungen zu welchen Bedingungen gab es in Zusammenhang mit der Erstellung und dem Betrieb der Atomanlagen in Gorleben zwischen der Betreibergesellschaft Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK) bzw. deren Nachfolgesellschaften und dem Bund bzw. dem Land Niedersachsen und dessen untergeordneten Verwaltungsebenen (Landkreisen, Samtgemeinden, Gemeinden) von 1979 bis heute?
43. Abgeordnete
**Dorothee
Menzner**
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe und wann sind Zahlungen aus solchen Verträgen bzw. Vereinbarungen geflossen?
44. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was waren die konkreten Ziele und Inhalte des Gesprächs mit den Atomkraftwerksbetreibern am 21. Januar 2010 im Bundeskanzleramt?
45. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Will die Bundesregierung die Laufzeit des Atomkraftwerks Neckarwestheim 1 verlängern, und auf welcher rechtlichen Basis könnte dies erfolgen?

46. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Welche Gesamtinvestitionen im Bereich der hocheffizienten kleinen Blockheizanlagen wurden in der Vergangenheit durch das Klimaschutz-Impulsprogramm für die Installation von Mini-KWK-Anlagen (KWK = Kraft-Wärme-Kopplung) angeschoben, und welcher Anteil (Anzahl der Anlagen sowie Gesamtsumme) entfiel davon auf deutsche Hersteller von kleinen Blockheizkraftwerken?
47. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Wie bewertet der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die derzeitige Verunsicherung bei Herstellern von Mini-KWK-Anlagen und möglichen Investoren aufgrund der Dauer des langwierigen Entscheidungsprozesses innerhalb der Bundesregierung und des dennoch zu erwartenden Aus für eine Fortführung des Impulsprogramms, und mit welchen Folgen für Hersteller (Insolvenzen, Arbeitsplatzverluste, Umsatzrückgänge etc.), Investoren (Rückstellung von Investitionen bzw. Umlenkungen von Investitionen auf weniger klimafreundliche Technologien etc.) und die deutsche Klimaschutzpolitik (Stichwort 25-Prozent-Ziel KWK bis 2020) rechnet die Bundesregierung?
48. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche unabhängigen wissenschaftlichen Studien kommen zu dem Ergebnis, dass eine einmalige Absenkung der Vergütung für Solarstrom für die deutschen Solarunternehmen gut verkraftbar wäre, und wäre die Bundesregierung bereit, die Berechnungen dieser unabhängigen wissenschaftlichen Studien interessierten Abgeordneten zur Verfügung zu stellen?
49. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen jährlich installierten Leistungen von Photovoltaikanlagen rechnet die Bundesregierung im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2020 auf Basis des aktuellen Erneuerbare-Energien-Gesetzes, und mit welchen jährlich installierten Leistungen von Photovoltaikanlagen rechnet die Bundesregierung im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2020 auf Basis der vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Dr. Norbert Röttgen vorgelegten geplanten Änderungen der Photovoltaikvergütung?

50. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundeskanzlerin an dem unkonditionierten Ziel einer Senkung der deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 fest, oder hat sie dieses Ziel mit der Aussage aus ihrer Regierungserklärung vom 20. Januar 2010 „Was ich nicht zulassen werde – ich glaube, darüber sollten wir uns einig sein –, ist, dass wir von 30 auf 40 Prozent gehen, andere ihre Position nicht verändern und wir anschließend etwas versprechen sollen, was wir zum Schluss realistischerweise nicht halten können.“ (Plenarprotokoll 17/15, S 1255) unter einen Vorbehalt gestellt?
51. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich die Bundesregierung auf dem informellen EU-Umweltrat vom 15. bis 17. Januar 2010 in Sevilla, beim EU-Umweltrat am 22. Dezember 2009 und bei den EU-Beratungen am Rande der Klimakonferenz von Kopenhagen jeweils für oder gegen eine unkonditionierte Anhebung des EU-Klimaschutzziels für das Jahr 2020 auf 30 Prozent ausgesprochen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

52. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Wann wird der Konzeptentwurf für den Haushaltstitel „Instrumente zur Stärkung der Wissenschaft in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft“ (Bundeshaushaltsplan 2010, Einzelplan 30) sowie für die Maßnahme zur Validierungsforschung vorgelegt?
53. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Wie erklärt sich der finanzielle Mehrbedarf bei den Titeln „Stilllegung und Rückbau kerntechnischer Versuchs- und Demonstrationsanlagen“ sowie „Gesetzliche Endlageraufwendung“ (jeweils Bundeshaushaltsplan 2010, Einzelplan 30) für das Haushaltsjahr 2010, und wie hoch ist zum jetzigen Zeitpunkt für diese Titelgruppe der finanzielle Bedarf in den nächsten drei Jahren einzuschätzen?

54. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD) Wie viel Geld ist für das Haushaltsjahr 2010 für den Bereich CO₂-Speicherung eingeplant, und welche Art von Forschungsanstrengungen sollen mit dieser Summe, insbesondere vor der Betrachtung, dass bisher noch kein Standort für eine großangelegte CO₂-Speicherung gefunden wurde, gefördert werden?
55. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD) Welches Konzept verfolgt das Bundesministerium für Bildung und Forschung hinsichtlich der Information des Deutschen Bundestages bezüglich sowohl der Beauftragung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina als Nationale Akademie der Wissenschaften als auch der Sicherstellung einer zeitnahen Beratung der von der Leopoldina erstellten Expertisen?
56. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD) Wie viele Auszubildende haben bisher einen oder mehrere Ausbildungsbausteine durchlaufen, und wie viele davon haben danach einen anerkannten Berufsabschluss erworben?
57. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD) Wie viele Auszubildende haben bisher alle Ausbildungsmodulare eines Berufes durchlaufen und danach einen anerkannten Berufsabschluss erworben, und wie viele Auszubildende konnten nach dem Durchlaufen von einem oder mehreren Ausbildungsbausteinen den Übergang in die duale oder vollschulische Ausbildung erfolgreich bewältigen?
58. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD) Mit welchem Konzept will das Bundesministerium für Bildung und Forschung bei der geplanten Initiative zur Sicherung von Ausbildungsplätzen entscheiden, ob eine strukturschwache oder von der Wirtschaftskrise besonders betroffene Region vorliegt, und mit welchen Maßnahmen sollen betroffene Unternehmen und Auszubildende sowohl in der Ausbildungsphase als auch nach Abschluss der Ausbildung konkret unterstützt werden?
59. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD) Welche konzeptionelle Erweiterung der verbesserten Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten führt zu dem 4,5-fachen Ansatz im Haushaltsentwurf für 2010, und nach welchen Prüfkriterien und -kriterien soll die in den geplanten außerschulischen Initiativen zur Berufsorientierung vorgesehene Kompetenzfeststellung durchgeführt werden?

60. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Nach welchen Konzepten und Kriterien sollen die geplanten Sprachstandtests für Vierjährige durchgeführt werden?
61. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie viele frühkindliche Fachkräfte haben bisher an Weiterbildungsinitiativen teilgenommen, die im Rahmen der BMBF-Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WIFF) (BMBF = Bundesministerium für Bildung und Forschung) konzipiert oder erarbeitet worden sind, und welchen Beitrag leistet das Projekt WIFF zur künftigen Sicherung des Fachkräftebedarfs in der frühkindlichen Bildung?
62. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Wie viele von den ehemals beabsichtigten 80 000 frühkindlichen Fachkräften bzw. Erzieherinnen und Erziehern haben an dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt zur Förderung mediengestützter Qualifizierung bisher teilgenommen, und inwieweit ist sichergestellt, dass die Förderfähigkeit nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz für die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher in allen Ländern gegeben ist?
63. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Welche Gründe sieht die Bundesregierung für den zu geringen Mittelabfluss des Programms „Geistes- und Sozialwissenschaften“, und wie soll der Mittelabfluss zeitnah verbessert werden?
64. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung sicherzustellen, dass die geplanten Bildungsgutscheine zielgerichtet für Bildungszwecke verwendet werden, und welches Konzept zur Auswahl förderungswürdiger Bildungsangebote sollen die lokalen Bildungsbündnisse berücksichtigen?
65. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)
- Mit welchem Konzept bemisst die Bundesregierung den Bedarf, und nach welchen Kriterien entscheidet sie gegenwärtig über die Einrichtung bilateraler Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen Deutschlands gemeinsam mit Drittstaaten?

66. Abgeordnete
**Daniela
Kolbe
(Leipzig)
(SPD)** Mit welchen Projekten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird bzw. soll mit welchem Mittelansatz 2010 die verbesserte Identifikation, Förderung und Unterstützung von „begabten“ einerseits sowie „benachteiligten“ jungen Menschen andererseits gefördert werden?
67. Abgeordnete
**Daniela
Kolbe
(Leipzig)
(SPD)** Welche Schwerpunktsetzung und konkreten Vorhaben verfolgt die Bundesregierung mit der Hightech-Strategie II, und wann wird die Bundesregierung eine Evaluation der Hightech-Strategie I und ihrer Instrumente vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

68. Abgeordnete
**Agnes
Malczak
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)** Von welchen konkreten Beiträgen zur Kooperation mit der Bundeswehr will der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzielle Zusagen für Hilfsorganisationen in Afghanistan abhängig machen, und wie reagiert die Bundesregierung auf die Sorgen der EZ-Durchführungsorganisationen (EZ = Entwicklungszusammenarbeit), dass eine verstärkt wahrgenommene Verbindung zum Militär die Helfer in Lebensgefahr bringt?
69. Abgeordnete
**Katja
Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)** Wie stellt sich die Bundesregierung die vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel geforderte Verzahnung der Arbeit der Bundeswehr und der zivilen Kräfte der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan vor?
70. Abgeordnete
**Katja
Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)** Von welchen Kriterien bezüglich der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr will die Bundesregierung die zukünftige Mittelvergabe an Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan abhängig machen?

71. Abgeordneter
Dr. Frithjof Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel die Auswirkungen einer stärkeren Vermischung von ziviler und militärischer Hilfe für die Sicherheit und Unabhängigkeit der Nichtregierungsorganisationen und ihrer Mitarbeiter, insbesondere vor dem Hintergrund, dass z. B. VENRO – der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. – eine solche Vermischung klar kritisiert?
72. Abgeordneter
Dr. Frithjof Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel in der zukünftigen Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen „eine besondere Bundeswehrferne“ definieren und feststellen, und welche Konsequenzen soll dies für die betroffenen Organisationen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bzw. dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben?
73. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Inwiefern steht die Bundesregierung hinter den Aussagen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel, die deutsche Entwicklungshilfe insbesondere in Afghanistan stärker an das Militär koppeln zu wollen, gerade vor dem Hintergrund der Aussagen von Entwicklungshilfeorganisationen wie medico international oder Ärzte ohne Grenzen, die die NATO-Präsenz als Gefahr für ihre Arbeit betrachten?
74. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb sieht der aktuelle Haushaltsentwurf der Bundesregierung nur 142 Mio. Euro für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose vor, obwohl die Bundesregierung unter deutscher G8-Präsidentschaft im Jahr 2007 für den Zeitraum von 2008 bis 2010 einen jährlichen Beitrag von 200 Mio. Euro zugesagt hat?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

75. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.) Inwieweit hat es zwischen den EU-Mitgliedstaaten Einigkeit über eine Teilnahme von Delegationen an der Regierungsübernahme durch Porifirio Lobo Sosa in Honduras am 27. Januar 2010 gegeben, und wenn ja, auf welche Ebene (akkreditierte Botschafter, Geschäftsträger etc.) wurde sich dabei geeinigt?
76. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.) Welche Position nimmt die Bundesregierung in der Frage ein, ob die Beitrittsperspektive Islands mit dem Ausgang des irischen Referendums über das sog. Icesave-Gesetz verknüpft werden sollte, und wie bewertet sie die Einflussnahmen auf das Referendum durch die Forderung nach einer solchen Verknüpfung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

77. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(DIE LINKE.) Welche Lobbyisten wurden außer dem ehemaligen PKV-Lobbyisten Christian Weber (PKV = private Krankenversicherung), der jetzt im Bundesministerium für Gesundheit das Grundsatzreferat leitet, noch in Bundesministerien eingestellt, und welche Funktionen üben sie dort aus?
78. Abgeordnete
**Ingrid
Hönlinger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche anderen Interessenvertreter als Gerald Hennenhöfer – ehemals angestellt bei E.ON als Generalbevollmächtigter gegen den Atomausstieg – im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Christian Weber – vormals stellvertretender Direktor des PKV-Verbandes – im Bundesministerium für Gesundheit beabsichtigt die Bundesregierung mit leitenden Aufgaben in Bundesministerien zu betrauen, und mit welchen Maßnahmen soll die wachsende Einflussnahme von Interessenvertretern auf die Regierungspolitik verhindert werden?
79. Abgeordnete
**Ingrid
Hönlinger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Unter welchen Voraussetzungen kann sich die Bundesregierung vorstellen, eine Lobbyistendatenbank einzurichten, um hierdurch für mehr Transparenz zu sorgen?

80. Abgeordneter
Michael Hartmann
(Wackernheim)
(SPD)
- Warum sind erst im Dritten Bericht zum Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung aus dem Oktober 2009 vier Nachmeldungen benannt, die bereits in den vorherigen Berichten hätten aufgeführt werden müssen, und wer kontrolliert solche etwaigen Fehlangaben?
81. Abgeordneter
Michael Hartmann
(Wackernheim)
(SPD)
- Warum liegt die, im Schreiben des Bundesministeriums des Innern (BMI) an die Obersten Bundesbehörden vom 14. Mai 2009 (Az. O4-013 300/3) bis zum Ende des Jahres 2009 angekündigte, Evaluierung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung (Kabinettsbeschluss vom 18. Juni 2008) bis zum heutigen Tag nicht vor, und welche anderen vordringlichen Aufgaben beschäftigen das BMI so sehr, dass die Evaluierung laut Auskunft aus dem eigenen Hause voraussichtlich erst im 1. Quartal 2010 abgeschlossen sein wird und es zu einer Verzögerung von nicht nur wenigen Wochen, sondern bis zu drei Monaten kommt?
82. Abgeordnete
Iris Glicke
(SPD)
- Welche konkreten Maßnahmen verbergen sich hinter dem auf der Kabinettklausur am 17. November 2009 in Meseberg beschlossenen Pilotprojekt zur Verringerung von Abwanderung aus Ostdeutschland, und inwieweit werden dabei Erkenntnisse aus dem Programm „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“ aufgegriffen?
83. Abgeordnete
Iris Glicke
(SPD)
- Wie sind die in der Kabinettklausur am 17. November 2009 in Meseberg beschlossenen Zukunftskonzepte für notleidende industrielle Kerne infolge der Wirtschaftskrise ausgestaltet, und welche konkreten Schritte sind seither unternommen worden, um den Unternehmen besonders in Ostdeutschland zu helfen?
84. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Vorstoß des Hamburger Bürgermeisters Ole von Beust aufzugreifen, den Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht durch die Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft abzuschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

85. Abgeordnete
Katja Dörner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeit ein, durch die Einführung einer gerichtlichen Einzelfallentscheidung die Gerechtigkeitslücke für nicht verheiratete Väter zu schließen, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2009 bei der deutschen Regelung zum gemeinsamen Sorgerecht angemahnt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

86. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkung hat die Haltung der Bundesregierung, dass laut Koalitionsvertrag und dem Sprecher des Bundesministeriums der Finanzen (aus DIE WELT vom 19. Januar 2010) eine Beteiligung der EU an nationalen Steuern ausgeschlossen wird, darauf, dass bereits seit über 20 Jahren ein Anteil der nationalen Mehrwertsteuer zu den Eigenmitteln der EU gehört, und weigert sich Deutschland schon jetzt, den entsprechenden Beitrag an die EU abzuführen?
87. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Begründung hat der Bundesminister der Finanzen in einem Schreiben an die Finanzverwaltungen der Länder angewiesen, dass das von der CDU/CSU-SPD-Bundesregierung beschlossene Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz nicht anzuwenden ist?
88. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hätte eine Abschaffung des Zusätzlichkeitskriteriums, welche im Zusammenhang mit der Zustimmung der Bundesländer zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz von der Bundesregierung nach Zeitungsberichten (Handelsblatt vom 22. Januar 2010) den Ländern zugesagt wurde, auf die tatsächliche Durchführung der derzeit im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes lediglich bewilligten Vorhaben, und erwartet die Bundesregierung, dass die Länder und Kommunen die verbleibenden Investitionsmittel aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz für bereits vorher geplante Investitionsprojekte verausgaben, so dass sich kein zusätzlicher Konjunkturreffekt mehr ergibt?

89. Abgeordnete
**Kerstin
Andreae**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Kontrolle über die Einhaltung des Zusätzlichkeitskriteriums sicherzustellen, falls das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der abstrakten Normenkontrollklage von sechs Bundesländern gegen ein Erhebungsrecht des Bundesrechnungshofes nach § 6a des Zukunftsinvestitionsgesetzes entscheidet?